

Extremisten von gestern – Demokraten von heute? Zum Umgang mit systemfeindlichen Parteien am Beispiel von Grünen und Linkspartei

Thorsten Holzhauser¹

Die Frage des Umgangs mit dem „Extremen“ ist so alt wie die Demokratie selbst. Während sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem im Zusammenhang mit dem europäischen Faschismus und Kommunismus debattiert wurde², ist sie in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Aufstieg neuer rechter und linker Parteien in Europa erneut in den Fokus gerückt. Die Antworten gehen in Politik und Wissenschaft weit auseinander: Während die einen dazu aufrufen, Parteien, die als Gefahr für das politische System angesehen werden, durch einen „Cordon Sanitaire“ zu isolieren und von politischer Verantwortung fernzuhalten³, argumentieren andere, dass im Gegenteil eine zielgerichtete Einbindung zu einer Deradikalisierung beitragen und damit systemstabilisierende Wirkungen entfalten könne.⁴

Blickt man auf die Empirie westlicher Demokratien, dann gibt es sowohl für den inkludierenden als auch den exkludierenden Umgang mit Extremisten (und solchen, die dazu erklärt werden) Präzedenzfälle.⁵ Auch die Bundesrepublik hat in den letzten Jahrzehnten Erfahrung mit dem Umgang mit systemkritischen Parteien gemacht. Das gilt nicht nur für den rechten Rand: Auch die Partei *Die Linke* (bis 2005 *PDS*) und die Partei der westdeutschen *Grünen* sind nach ihrem Entstehen mit dezidiert systemkritischen

Positionen aufgefallen und zwangen ihre Konkurrenten zu einer Antwort auf die Frage, wie mit ihnen verfahren werden sollte⁶: Sollte man sie einbinden oder ausgrenzen, sich ihnen anpassen oder sich abgrenzen? Beide haben zudem gemein, dass sie zwar – wie darzustellen sein wird – als Systemgegner begannen, diese Position aber, wenn auch unterschiedlich weit, verlassen haben. Angesichts dieser Wandlungen lohnt sich ein Blick auf die Entwicklung dieser Parteien: Was lässt sich anhand der Integrationsgeschichte von Linken und Grünen über Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen des Umgangs mit Systemgegnern im demokratischen System der Bundesrepublik sagen? Dabei kann gezeigt werden, dass beide Parteien Objekte exkludierender, adaptierender und inkludierender Strategien seitens ihrer Konkurrenten wurden, was wiederum dazu beigetragen hat, sie in unterschiedlichem Maße an den politischen Basiskonsens der Bundesrepublik heranzuführen und in diesem Sinne zu „entradikalisieren“.

„Extreme“ Parteien und politische Kultur

Wer sich dem Umgang mit extremen Parteien zuwendet, muss zunächst klären, wen er damit meint und wen nicht. Auf die Frage, wann eine Partei als „radikal“, „extremistisch“ oder als „Anti-System-Partei“ anzusehen ist (und welcher dieser Begriffe vorzuziehen ist), hat die Politikwissenschaft sehr unterschiedliche Antworten gegeben.⁷ In der Tradition der Politologie als „Demokratiewissenschaft“ wird oftmals die Haltung zur Demokratie selbst als Maßstab genommen: Wer den „demokratischen Verfassungsstaat“ und seine zentralen Normen ablehnt, ist ein „Extremist“, so die normative Extremismusforschung.⁸ Dem Zeithistoriker hingegen dienen solche Kategorien weniger als Analysewerkzeuge denn als Vokabeln der Selbst- und Fremddeutung politisch-gesellschaftlicher Akteure, d.h. der zeit- und ortsgebundenen Positionsbestimmung innerhalb eines politischen Diskurses. Und dieser Diskurs ist noch dazu historisch wandelbar: Während beispielsweise Vorbehalte gegenüber gesellschaftlichem Pluralismus oder die Sehnsucht nach autoritärer Füh-

¹ Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Lehrstuhl für Neueste Geschichte, Historisches Seminar, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

² Siehe dazu ausführlich Uwe Backes, *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart*. Göttingen 2006.

³ Vgl. Stefan Rummens/Koen Abts, *Defending Democracy. The Concentric Containment of Political Extremism*. In: *Political Studies* 58 (2010), S. 649-665; Giovanni Capoccia, *Defending Democracy: Reactions to extremism in inter-war Europe*. In: *European Journal of Political Research* 39 (2001), S. 431-460.

⁴ Vgl. Joost van Spanje/Wouter van der Brug, *The Party as Pariah: The Exclusion of Anti-Immigration Parties and its Effect on their Ideological Positions*. In: *West European Politics* 30 (2007), H. 5, S. 1022-1040; Wouter van der Brug/Meindert Fennema, *Est-ce que le Cordon Sanitaire est Salulaire?* In: Bob van den Broeck/Marie-Claire Foblets (Hg.), *La Faillite de L'intégration. Le Débat Multiculturel en Flandre*. Louvain-la-Neuve 2004, S. 199-203.

⁵ Vgl. Rummens/Abts, *Defending Democracy*, S. 649.

⁶ Vgl. Dan Hough/Michael Koß/Jonathan Olsen, *The Left Party in Contemporary German Politics*. Basingstoke 2007, S. 66; für die kritische Einschätzung der Grünen in den 1980er Jahren vgl. beispielhaft Manfred Langner (Hg.), *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei*. Bergisch Gladbach 1987.

⁷ Siehe Giovanni Capoccia, *Anti-System Parties. A conceptual reassessment*. In: *Journal of Theoretical Politics* 14 (2002), H. 1, S. 9-35.

⁸ Vgl. Eckhard Jesse/Isabelle-Christine Panreck, *Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD*. In: *ZfP* 64 (2017), H. 1, S. 59-76, dort S. 60.

rung heute als Indiz für extremistische Tendenzen gelten, waren sie zu Zeiten der Weimarer Republik Teil des politischen „Mainstreams“ und aus damaliger Sicht nur schwer als „extrem“ zu definieren.⁹ Daraus folgt, dass eine Partei immer im Zusammenhang des jeweiligen politischen Systems, seiner ideologischen Tradition und kulturellen Prägung gesehen werden sollte. Politische Parteien sind demnach nicht *per se* extrem, sondern nur innerhalb einer bestimmten *politischen Deutungskultur*, die über Sagbares und Nichtsagbares, politisch Gewolltes und Nicht-Gewolltes entscheidet.¹⁰

Aus dieser Perspektive geht es daher auch nicht in erster Linie darum, ob eine Partei aus analytischer Sicht *tatsächlich* als extremistisch oder als Anti-System-Partei anzusehen ist, sondern ob sie innerhalb einer bestimmten politischen Deutungskultur als extrem markiert, von anderen als Gefahr für das politische System beschrieben oder wahrgenommen wird. Im Umgang mit solchen Parteien rückt daher auch wesentlich das Handeln ihrer Konkurrenten in den Fokus. Nimmt man ihre Perspektive ein, dann ergeben sich drei alternative Strategien, die in der politischen Praxis meistens in Mischformen vorkommen:

Erstens können die „Etablierten“ eine dezidierte politische und programmatische Abgrenzung pflegen und versuchen, den jeweiligen Mitbewerber und seine Positionen grundsätzlich als illegitim und gefährlich zu markieren (*exkludierende Strategie*). Die Konkurrenten können zweitens aber auch ihre eigenen Verhaltens- und Diskursmuster den radikaleren Mitbewerbern anpassen, und damit deren Positionen legitimieren und weniger extrem erscheinen lassen, wie das zur Zeit einige etablierte Parteien Europas im Hinblick auf manche populistische Position vormachen (*adaptierende Strategie*). Solche Strategien dürften am ehesten dazu geeignet sein, den politisch-kulturellen Basiskonsens eines Gemeinwesens nachhaltig zu ändern und die Grenzen des Legitimen zu

verschieben. Das „Extreme“ kann so irgendwann „normal“ werden. Oder die Konkurrenten versuchen drittens, die fraglichen Konkurrenten selbst an den politisch-kulturellen Konsens heranzuführen, sie zu „zähmen“, in der Hoffnung, diese und ihre Wähler langfristig in das politische System zu integrieren (*inkludierende Strategie*). Für die Wahrnehmung der so Aufgewerteten kann das nachhaltige Folgen haben: Wer für Koalitionen mit „demokratischen Parteien“ infrage kommt, kann so „extrem“ nicht sein.

Das Zusammenspiel und die Folge dieser Strategien soll im Folgenden am Beispiel der Entwicklung der Grünen und der PDS/Linkspartei näher beleuchtet werden, ehe sie in einem Fazit zusammengefasst werden.

Vom Anti-System-Protest in die Mitte der Gesellschaft – Die Grünen

Die westdeutsche Partei *Die Grünen* wurde 1980 gegründet und ging aus sehr unterschiedlichen Bewegungen der 1970er Jahre hervor, die vor allem ihr Protest gegen die bestehenden Parteien und ihr Verständnis von Ökologie als einem neuen gesellschaftlichen Paradigma einte.¹¹ Mit diesem Anspruch waren die frühen Grünen, die 1983 erstmals in den Bundestag einzogen, für die „etablierten“ Kräfte der Bonner Republik zunächst einmal eine Herausforderung und gaben Anlass zum Streit, wie mit ihnen umzugehen sei. Aus historischer Perspektive ist auffällig, dass diese Diskussionen dezidiert an den bestehenden politisch-kulturellen Basiskonsens angeschlossen, wie er sich in den Nachkriegsjahrzehnten zwischen CDU/CSU, SPD und FDP herausgebildet hatte und auch von großen Teilen der politisch-medialen Eliten außerhalb der Parteien unterstützt wurde. Die Grünen wurden als politische Kraft angesehen, „die von dem bisherigen Konsens der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien in entscheidenden Fragen abweicht“, wie es 1984 in einer CDU-Broschüre zu den Grünen hieß.¹² Ihre Differenz zum bundesrepublikanischen Basiskonsens garantierte ihnen Aufmerksamkeit und Erfolg, markierte sie aber auch als potenziell gefährlich und koalitionsunfähig.

⁹ Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962; Thomas Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918-1936. In: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 21 (2005), S. 91-127.

¹⁰ Zum Begriff „politische Deutungskultur“ siehe Karl Rohe, The State Tradition in Germany: Continuities and Changes. In: Dirk Berg-Schlosser/Ralf Rytlewski (Hg.), Political Culture in Germany. Basingstoke/London 1993, S. 215-231; Andreas Dörner, Politische Kulturforschung als Cultural Studies. In: Othmar Nikola Haberl/Tobias Korenke (Hg.), Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe. Baden-Baden 1999, S. 93-110.

¹¹ Siehe hierzu Silke Mende, „Nicht links, nicht rechts, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011; Lothar Probst, Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE). In: Oskar Niedermayer (Hg.), Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden 2013, S. 509-540; Ferdinand Müller-Rommel/Thomas Poguntke, Die Grünen. In: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. Opladen 1990, S. 319-361.

¹² CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Die Grünen. Eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition. Bonn 1984, S. 3.

Dieser westdeutsche Nachkriegskonsens hatte sich in doppelter Abgrenzung von Nationalsozialismus und Kommunismus herausgebildet. In Gegnerschaft zu jeder Form des „Totalitarismus“ wurde die bürgerlich-parlamentarische Ordnung, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben wurde, als Inbegriff und Garant politischer Freiheit und Demokratie angesehen. Um diese zu schützen, sollte im Zweifel auch „Mut zur Intoleranz“ gegenüber den Feinden des parlamentarisch-demokratischen Systems gezeigt werden.¹³

Obwohl dieser parlamentarisch-antitotalitäre Grundkonsens seit den 1960er Jahren unter Druck vor allem von links geraten war¹⁴, wirkte er sich auch noch stark auf die Perzeption der frühen Grünen durch ihre Konkurrenten aus. Mit ihrer Wurzel in den westdeutschen K-Gruppen, aber auch mit ihrer parlamentarismuskritischen Haltung wurden die Grünen zunächst aus eben dieser Perspektive heraus kritisiert. Vor allem der Union erschien die neue Partei als „verdeckte[...] Plattform“ für kommunistische „Systemveränderer“ und „Verächter [...] der parlamentarischen Demokratie“.¹⁵ Den Grünen wurde vorgeworfen, einen „Umbau unserer Gesellschaftsordnung“ und die Errichtung einer Räterediktatur anzustreben.¹⁶ Noch 1993 wurde der CSU-Landesgruppenchef Michael Glos mit der Äußerung zitiert, die Grünen seien „eine größere Gefahr für unser Land als die Republikaner und die Rechten“.¹⁷ Aber auch viele Sozialdemokraten taten sich schwer mit den Alternativen und erblickten in deren scharfer Parteien- und Parlamentarismuskritik „bestürzende historische Parallelen zur Politik der KPD in der Weimarer Republik“ und zu deren Strategie einer „antiparlamentari-

schen Systemopposition“.¹⁸ Dass die Grünen vor den Erfahrungen Deutschlands mit Systemfeinden als staatspolitisch zweifelhaft behandelt und beispielsweise von der Geheimdienstkontrolle ausgeschlossen wurden, war in diesem Sinne nur logisch.¹⁹

Es waren aber nicht nur solche, dezidiert auf das demokratische Verfassungssystem der Bundesrepublik bezogene Kriterien, die in den Diskussionen angeführt wurden. In ebenso grundsätzlicher Art und Weise wurden die industrie- und konzernkritischen Vorstellungen grünalternativer Wirtschaftspolitik von den maßgeblichen Konkurrenten als „Systembruch“ angesehen und als illegitim zurückgewiesen.²⁰ Spätestens seit dem Godesberger Programm der SPD hatte sich in der Bundesrepublik ein breiter Konsens zugunsten der wohlfahrtsstaatlich regulierten „sozialen Marktwirtschaft“ durchgesetzt, die als ökonomische Grundlage des bundesdeutschen Erfolgsmodells angesehen wurde.²¹ Dass bis heute in Extremismuskursen wirtschaftspolitische Fragen eine Rolle spielen, verweist auf die zentrale Rolle der Marktwirtschaft für das politisch-kulturelle Selbstverständnis der Republik.²²

Von ähnlicher Relevanz waren auch die sicherheitspolitischen Vorstellungen der frühen Grünen. Auch sie wichen vom bundesrepublikanischen Konsens ab, wie er sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte. Seit den 1960er

¹³ Carlo Schmid, Rede vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948. In: Wolfram Werner (Bearb.), *Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle*. Band 9. München 1996, S. 36.

¹⁴ Vgl. Gert-Joachim Glaebner, *Kommunismus – Totalitarismus – Demokratie. Studien zu einer säkularen Auseinandersetzung*. Frankfurt am Main et al. 1995, S. 25; Wolfgang Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen 1988.

¹⁵ CDU-Bgst. (Hg.), *Die Rotgrünen. Argumente gegen die rotgrünen Experimente*. Bonn 1983, S. 6; Dies. (Hg.), *Die Grünen*, S. 4 & S. 7.

¹⁶ CDU-Bgst. (Hg.), *Die Grünen*, S. 7 & S. 11; siehe hierzu auch Paul Kraatz/Tim B. Peters, *Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Verhältnis der CDU zu den Grünen 1980-1990*. In: HPM 20 (2013), S. 121-146.

¹⁷ Michael Glos, zit. n. Axel Vornbäumen, *Die Ostkomponente namens PDS*. In: FR vom 21. Dezember 1993; vgl. auch Glos, *Grüne und PDS sind gefährlicher als Republikaner*. In: FAZ vom 8. Dezember 1993.

¹⁸ Wolf Michael Catenhusen, An die Adresse von Bahro und Trampert. Grüne System-Opposition kann den Bonner Wendepolitikern nur recht sein. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 39/234 vom 5. Dezember 1984, S. 2-3. Siehe hierzu auch Karsten D. Voigt, *Ist eine parlamentarische Reform-Koalition möglich? Überlegungen zur Position der Sozialdemokraten gegenüber den Grünen*. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 42/18 vom 27. Januar 1987, S. 1-3; Norbert Seitz, *Vom historischen Projekt zum Schnittmengen-Deal. Die wechselvolle Geschichte von Rot-Grün*. In: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hg.), *Schwarz-Grün. Die Debatte*. Wiesbaden 2011, S. 47-64.

¹⁹ Vgl. Albrecht Funk, *Verfassungswidrige, extremistische, radikale und verfassungstreue Parteien. Zur Überprüfung der „Republikaner“ durch die Ämter für Verfassungsschutz*. In: Kritische Justiz 22 (1989), H. 4, S. 467-474, dort S. 472.

²⁰ Catenhusen, An die Adresse von Bahro und Trampert, S. 3; CDU-Bgst. (Hg.), *Die Rotgrünen*, S. 8; CDU-Bgst. (Hg.), *DIE GRÜNEN. Geschichte, Programm und Politik*. Bonn, 15. August 1982, S. 35.

²¹ Vgl. Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*. München 2003, S. 11; Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München 2009, S. 259 ff.

²² Siehe hierzu Richard Stöss/Uwe Backes/Hans-Gerd Jaschke, *Streitgespräch zum Thema Linksextremismus*. In: Ulrich Dovermann (Hg.), *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. 2. Aufl. Bonn 2012, S. 291-318, v.a. S. 301.

Jahren hatten alle Parteien des Bundestags im Grundsatz die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnisystem akzeptiert. Die spezifische Mischung aus Multilateralismus, Atlantizismus und Europäismus war in Abgrenzung sowohl vom Nationalsozialismus als auch zur Ostbindung der DDR zum Teil der bundesdeutschen „Staatsräson“ geworden.²³ Die abweichende Position der Grünen dagegen wurde von ihren Gegnern zur Gefahr für die „außenpolitischen Grundlagen für unsere Freiheit und unsere Sicherheit“ erklärt, wie die CDU 1983 in einer Argumentation gegen „Die Rotgrünen“ formulierte.²⁴ Hauptkritikpunkte waren dabei das distanzierte Verhältnis der Grünen zu den USA und ihre Forderung nach einer Auflösung der NATO, was als „Unterwerfung unter den Willen Moskaus“ galt.²⁵

Die frühen Grünen erschienen in den Augen ihrer Gegner also in erster Linie als antiparlamentarische, antikapitalistische und antiwestliche Protestpartei und damit als Antithese zum politisch-kulturellen Basiskonsens der Bundesrepublik.²⁶ Im politischen Diskurs wurde dabei in gleichem Maße auf Grundgesetz und Verfassungsnormen wie auf außerkonstitutionelle Fragen der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik verwiesen. Der Charakter der frühen Grünen wurde nicht ausschließlich am „demokratischen Verfassungsstaat“ des Grundgesetzes gemessen, sondern an der Gesamtheit des politisch-kulturellen Basiskonsenses der Bundesrepublik.

Die darauf basierende *Exklusionsstrategie* im Umgang mit den Grünen aber wurde bald schon prekär, je stärker sich die Einsicht Bahn brach, dass damit keine grünen Wahlerfolge verhindert werden konnten. Vor allem innerhalb der SPD entstanden Anreize, die Öko-Partei einzubinden statt auszugrenzen. Nach dem Wechsel der FDP von der sozialliberalen zur christlich-liberalen Koalition im Jahr 1982 war der Sozial-

demokratie der potenzielle Bündnispartner abhandengekommen. Eine rot-grüne Zusammenarbeit – und damit ein Wechsel hin zu einer *inkludierenden* Strategie – wurde daher für manche Sozialdemokraten zu einem erstrebenswerten Modell, um die eigene Mehrheitsfähigkeit zurückzugewinnen. Die seit den 1980er Jahren gegen innerparteiliche Widerstände versuchten rot-grünen Koalitionen auf Landesebene bis hin zum Eintritt der Grünen in die Bundesregierung 1998 waren der sichtbare Ausdruck dieser Bemühungen.²⁷ Vorangetrieben wurden diese von einer jüngeren Generation von SPD-Politikern, die auch ihrer eigenen Partei ein „angegrüntes“²⁸ Profil verpassten: Das 1989 verabschiedete Berliner Programm der SPD mit seinem Konzept eines sozial-ökologischen „Umbaus“ von Wirtschaft und Gesellschaft stellte dabei den Abschluss einer Öffnung der SPD für grünalternative Positionen und damit einer stärker *adaptierenden* politischen Strategie im Umgang mit den Grünen dar.²⁹ Und noch mehr: Die gesamte politische Kultur der Bundesrepublik hat sich seit Entstehung der Grünen signifikant verändert, sodass manche originär grüne Position heute selbst im bürgerlichen Lager als mehrheitsfähig gilt.

Diese Mischung aus Adaption und Inklusion seitens ihrer Konkurrenten korrespondierte mit deutlichen Wandlungsprozessen innerhalb der Grünen selbst. Gerade die Aussicht einer stärkeren Einbindung in politische Verantwortung übte dabei eine formierende Wirkung aus und trug dazu bei, dass sich in den erbittert geführten innerparteilichen Kämpfen schließlich der „realpolitische“ Flügel der Grünen durchsetzen konnte. Diese Auseinandersetzungen um Programm und Strategie können auch als Streit für und gegen eine Annäherung an den politisch-kulturellen Basiskonsens der Bundesrepublik verstanden werden: Während die einen in ihrer Partei eine antikapitalistische und parlamentarismuskritische Antisystem-Bewegung sehen wollten, vertraten andere eine dezidierte Abkehr von linker Systemkritik und sahen sich durch das Ende des Realsozialismus darin bestätigt.³⁰ Nach jahrelangen Richtungskämpfen kehrte schließ-

²³ Vgl. Werner Link, Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur innerstaatlichen Struktur und Perception des internationalen Bedingungsfeldes. In: Manfred Funke et al. (Hg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Bonn 1987, S. 401-416; dort S. 404; Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 195; Steffen Kailitz, Die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel des „Historikerstreits“. In: Ders. (Hg.), Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik. Wiesbaden 2008, S. 14-37, dort S. 26.

²⁴ CDU-Bgst. (Hg.), Die Rotgrünen, S. 21.

²⁵ CDU-Bgst. (Hg.), Die Grünen, S. 18; vgl. auch Dies. (Hg.), Die Rotgrünen, S. 7 & S. 21.

²⁶ Siehe hierzu auch Funk, Verfassungswidrige, extremistische, radikale und verfassungstreue Parteien, S. 470 ff.

²⁷ Siehe hierzu ausführlich Seitz, Vom historischen Projekt zum Schnittmengen-Deal.

²⁸ Ebd., S. 53.

²⁹ Vgl. Vorstand der SPD (Hg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin. Bonn 1990, S. 37 ff.

³⁰ Vgl. Frieder Dittmar, Das Realo-Fundi-Dispositiv. Die Wirtschaftskonzeptionen der Grünen. Marburg 2007, S. 328; Hans-Joachim Veen & Jürgen Hoffmann, Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei. Bonn; Berlin 1992, S. 56.

lich Ende der 1980er Jahre ein Großteil des Antisystemflügels den Grünen den Rücken, weil er der Partei eine übermäßige Anpassung an das bundesrepublikanische System und den dahinterstehenden Politikkonsens vorwarf: „In den Grünen gibt es heute nur noch wenig Zustimmung für eine Kritik des Parlamentarismus oder eine Ablehnung von Regierungsbeteiligungen im Rahmen des Kapitalismus“, wie es 1990 in einer Austrittserklärung linker Parteimitglieder hieß.³¹

Stattdessen setzten die Grünen in den 1990er Jahren auf eine moderatere, sich dem Basiskonsens der Bundesrepublik annähernde Außendarstellung, was in der Forschung als Entideologisierung und „Professionalisierung“ der Partei gedeutet wurde.³² Das erleichterte der Partei, in rot-grüne Landesregierungen einzutreten, was wiederum den ideologischen Neuorientierungsprozess vorantrieb: Seit Beginn der 1990er Jahre bekannten sich die Grünen zur parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes und suchten nach Alternativen *im* System, statt *zum* System.³³ Das Verhältnis zur bundesdeutschen Wirtschaftsordnung basierte fortan auf einer „kritischen Akzeptanz der Marktwirtschaft“.³⁴ Und auch in außenpolitischen Fragen setzte sich innerhalb der Grünen eine Neuorientierung durch, die sie immer weiter von radikalpazifistischen und NATO-kritischen Orientierungen ihrer Anfangsjahre entfernte.³⁵ Am Ende war es die rot-grüne Regierungsbeteiligung, die einen sich bereits länger vollziehenden Prozess katalysierte: Nach heftigen Debatten und einem ikonischen Farbbeutelwurf auf Außenminister Joschka Fischer entschied sich ein grüner Parteitag im Mai 1999 schließlich, den NATO-Krieg gegen Jugoslawien mitzutragen.³⁶

Im Ergebnis haben die heutigen Grünen ihre frühen NATO-kritischen Positionen ebenso hinter sich gelassen wie andere Anti-System-Positionen und bewe-

gen sich stattdessen innerhalb eines breiten Grundkonsenses, der sie bis weit ins bürgerliche Lager hinein koalitionsfähig macht. Dass keiner der genannten Punkte in den „Jamaika“-Sondierungen nach der Bundestagswahl 2017 eine Rolle spielte, demonstriert diese Wandlung mehr als alles andere.

Auf dem Weg in die Bundesrepublik – von der SED zur Partei *Die Linke*

Während sich die Grünen zunehmend von ihrem Anti-System-Protest verabschiedeten, tauchte im politischen System der Bundesrepublik eine neue systemkritische Partei auf: Die *Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)*. Angesichts ihrer Herkunft aus der DDR-Staatspartei SED kann es nicht verwundern, dass die PDS gerade in ihren Anfangsjahren noch sehr viel dezidiert als die westlichen Grünen als Antithese zum bundesrepublikanischen Basiskonsens erschien. Ähnlich wie die Grünen zuvor standen auch große Teile der PDS der politischen und ökonomischen Ordnung der Bundesrepublik kritisch gegenüber, in der sie eine „Herrschaft des Kapitals“ sahen.³⁷ In der Außenpolitik warnte die Partei vor einem „vierte[n] Reich, das die NATO verstärkt“,³⁸ und forderte – wie die Grünen zuvor – eine Auflösung der transatlantischen Allianz.³⁹ Und gerade auch die antitotalitäre und antiextremistische Tradition der Bundesrepublik, inklusive ihrer sogenannten „wehrhaften Demokratie“, stellte für Postkommunisten ein Feindbild dar, das politische Gegner als Verfassungsfeinde diskriminierte.⁴⁰

Diese fundamental-systemkritische Haltung, die in vielem der Positionierung der frühen Grünen ähnelte, wurde vor dem Hintergrund der SED-Vergangenheit als umso problematischer angesehen, zumal die PDS auch in geschichtspolitischer Hinsicht polarisierte: Während die Konkurrenten Anfang der 1990er Jahre versuchten, die Erinnerung an die „SED-Diktatur“ neben der „Aufarbeitung“ der NS-Vergangenheit zum zweiten Pfeiler eines „neuen an-

³¹ Archiv Grünes Gedächtnis, B.I.3 – Bu/Vo/BGSt, Bundesvorstand [122]: Marianne v. Ilten u.a., Wir verlassen die Grüne Partei. Hamburg, 6.4.90.

³² Vgl. Markus Klein & Jürgen W. Falter, Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung. München 2003, S. 61 f.; Veen & Hoffmann, Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, S. 162.

³³ Vgl. Niko Switek, Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern. Baden-Baden 2015, S. 106 f.

³⁴ Dittmar, Das Realo-Fundi-Dispositiv, S. 342 & S. 368-372.

³⁵ Siehe hierzu Andreas Stifel, Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung. Bündnis 90/Die Grünen als politische Partei und soziokulturelles Phänomen. Wiesbaden 2018, S. 100-117.

³⁶ Vgl. Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005. München 2013, S. 76-82; Stifel, Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung, S. 111-117.

³⁷ Vgl. Lothar Probst, Die PDS – von der Staats- zur Regierungspartei. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg 2000, S. 25 f.

³⁸ Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), PDS-PV-050: Stenografische Niederschrift der Tagung des Parteivorstandes der SED-PDS am 6. Januar 1990 (Rede Gregor Gysi), S. 18; vgl. auch PDS (Hg.), Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993. Berlin 1998, S. 5.

³⁹ Vgl. PDS (Hg.), Programm [1993], S. 23.

⁴⁰ Dt. Bundestag, Drs. 12/6570 (12. Januar 1994), S. 42; vgl. auch Sebastian Prinz, Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei. Wiesbaden 2010, S. 189 f.

titotalitären Konsenses“ zu machen,⁴¹ lehnte die PDS jeden Versuch der „moralischen Vernichtung der DDR“⁴² ab und hielt an der Deutung der DDR als einem legitimen Versuch fest, die faschistische Vergangenheit Deutschlands zu überwinden und eine gerechte Gesellschaft zu errichten.⁴³ Für ihre Konkurrenten ebenso wie für einen großen Teil der politischen Öffentlichkeit blieben diese Positionen jenseits des etablierten Konsenses lange Beweis, dass die PDS nichts gelernt hatte und eine „linksradikale“ bzw. „extremistische“ Partei darstellte, mit der sich jede Kooperation verbot.⁴⁴ Selbst die Grünen schlossen sich dieser Position an und nutzten die Gelegenheit, durch Abgrenzung von der PDS ihre eigene Wandlung zu demonstrieren: (Auch) die PDS müsse sich von „linksradikalen Positionen“ trennen, einen „realistischen Kurs“ einschlagen und „aus demokratischer Überzeugung in der Bundesrepublik ankommen“, um als legitime und vor allem bündnisfähige politische Kraft anerkannt zu werden, wie Fraktionschef Joschka Fischer im Jahr 1996 forderte.⁴⁵

Aber auch in der Auseinandersetzung mit der PDS zeigte sich schon bald, dass die eingeschlagene Exklusionsstrategie ihrer Konkurrenten keine Wahlerfolge verhinderte, sondern ihre Position als ostdeutsche Protestpartei eher noch bestärkte. Je deutlicher dies wurde, desto eher versuchten sich die Mitbewerber, und zwar quer durch alle politischen Lager, an einer stärker *adaptierenden Strategie*. Wenn selbst Politiker

wie der Berliner CDU-Senator Elmar Pieroth, ein Unternehmer aus Rheinland-Pfalz, in PDS-Manier die DDR-Vergangenheit vor „pauschalen Angriffe[n]“ aus dem Westen in Schutz nahm,⁴⁶ dann kann das auch als Versuch verstanden werden, die bei einem Teil des Elektorats erfolgreichen Sprachformeln und Deutungsmuster der Postkommunisten zumindest in Teilen zu übernehmen, um mit deren Wählerinnen und Wählern „ins Gespräch zu kommen“, wie die damalige CDU-Generalsekretärin Angela Merkel es ausdrückte.⁴⁷

Sehr viel bedeutsamer aber war langfristig, dass sich insbesondere bei Sozialdemokraten und Grünen seit Mitte der 1990er Jahre Elemente einer *inkludierenden Strategie* im Umgang mit der „SED-Nachfolgepartei“ abzeichneten. Zwar blieb Abgrenzung der dominierende Modus – eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene bleibt bis heute für viele undenkbar. Auf Landesebene dagegen wurde die PDS schon in den 1990er Jahren in gemeinsame Bündnisse integriert.⁴⁸ Die anfänglich große Aufregung hierüber ebte schnell ab. Als SPD und Grüne in Sachsen-Anhalt 1994 erstmals beschlossen, entgegen früherer Bekundungen eine Minderheitsregierung mit Tolerierung der PDS anzustreben, sahen westdeutsche Beobachter darin noch einen „Amoklauf“,⁴⁹ der die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ aufkündige.⁵⁰ Nicht weniger als eine „Kampfansage für [sic!] die Demokratie“ sei das, so der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl vor seiner Fraktion.⁵¹ Aber schon Ende der 1990er Jahre hatte sich das Klima so weit geändert, dass die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ganz offiziell mit der PDS koalieren und eine „Normalisierung der Verhältnisse“ propagieren konnte.⁵²

Die eingeschlagene Inklusionsstrategie wurde nun als edukatorische Maßnahme begründet: Wie die Grünen

⁴¹ Siehe dazu Thomas Schaarschmidt, Auf dem Weg zu einem neuen antitotalitären Grundkonsens? Die Erinnerung an die Diktaturvergangenheit und der Übergang zur Demokratie in Deutschland nach 1945 und 1989. In: Thomas Großbölting et al. (Hg.), Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen. Essen 2010, S. 29-41.

⁴² ADS, BT/12.WP-007: Uwe-Jens Heuer, Ekkehard Lieberam & Gerhard Riege, Positionspapier zum Tribunalvorschlag und zur Einsetzung einer Enquetekommission. Vorlage für die 7. Sitzung der Abgeordnetengruppe PDS/LL am 18. Februar 1992. 16. Februar 1992, S. 2.

⁴³ Vgl. Dan Hough, The fall and rise of the PDS in eastern Germany. Edgbaston/Birmingham 2001, S. 156.

⁴⁴ Vgl. für CDU, SPD und FDP: Beschluß Nr. H81. In: CDU-Bgst. (Hg.), 3. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Düsseldorf, 26.-28. Oktober 1992. Bonn [1992], S. 440; Die Chancen der Einheit endlich nutzen. Dresdner Erklärung des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping und der ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 49/154 vom 12. August 1994, S. 5 f.; Cornelia Schmalz-Jacobsen (Hg.), F.D.P. contra PDS: Argumente statt Polemik. Eine Kurzstudie der F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle. In: Fdk 314/90 vom 2. November 1990, S. 9 f.

⁴⁵ Joschka Fischer, Ohne wirkliche Erneuerung ist die PDS nicht koalitionsfähig. In: Leipziger Volkszeitung vom 27. Juli 1996; Ders., „Die Lust am Verändern“. Interview. In: Der Spiegel 34/1996 vom 19. August 1996, S. 52-55, dort S. 55.

⁴⁶ CDU streitet um ‚Rote Socken‘-Kampagne. In: Morgenpost vom 26. August 1996.

⁴⁷ Interview mit Angela Merkel. In: Deutschlandfunk vom 21. November 1999, URL <http://www.deutschlandfunk.de/merkel.694.de.html?dram:article_id=59989>.

⁴⁸ Siehe hierzu ausführlich Thorsten Holzhauser, „Niemals mit der PDS“? Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990-1998). In: VfZ 62 (2014), H. 2, S. 285-308.

⁴⁹ Rot-Grün von Gnaden der PDS? In: Süddeutsche Zeitung vom 29. Juni 1994.

⁵⁰ Einheitsfront de luxe. In: FAZ vom 29. Juni 1994.

⁵¹ Archiv für Christlich-Demokratische Politik, CDU/CSU-Fraktion, 12. WP, 08-012-127/2: Protokoll der Sondersitzung der Fraktion am 22. Juli 1994, S. 15 (Wortbeitrag Helmut Kohl).

⁵² Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), SPD-PV, Protokoll der Klausurtagung des Parteivorstandes am 9. Oktober 2000 in Berlin, S. 9.

zuvor sollte auch die PDS zu einer „normalen“ Partei innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik domestiziert werden.⁵³ Schließlich fördere das Mitregieren „immer die allmähliche Integration einer oppositionellen Partei und entzaubert den Protest – dies ist nicht zuletzt Erfahrung des Umganges der SPD mit den Grünen aus den 80er Jahren“, wie es nun in der SPD-Zentrale hieß.⁵⁴ Die PDS sollte demnach nicht ausgegrenzt, sondern durch Einbindung „von der Systemopposition weg“⁵⁵ und an den politischen Basiskonsens der Bundesrepublik herangeführt werden. Konkret beinhaltete dies, dass die PDS nicht nur Grundgesetz und Demokratie anerkennen und sich von ihrer Vergangenheit distanzieren müsse, sondern dass sie auch die Bedingungen des modernen Kapitalismus zu akzeptieren und ihre „Skepsis gegenüber [der] NATO“ abzulegen habe, wie SPD-Generalsekretär Müntefering im Oktober 2000 mit deutlicher Referenz auf den noch immer geltenden bundesrepublikanischen Basiskonsens forderte.⁵⁶

Dass diese Domestizierungsstrategie ganz im Sinne sozialdemokratischer Machtpolitik war, verstand sich von selbst. Allerdings heißt das nicht, dass sie erfolglos war. Bedeutsam war in diesem Zusammenhang, dass die tonangebende „reformpolitische“ Führungsgruppe innerhalb der PDS diese Fremddeutung als „postkommunistisches Lernprojekt Richtung Reformpolitik und westliche Demokratie“⁵⁷ selbst unterstützte und ihrerseits einen auffallend deutlichen Willen zur Inklusion im politischen System der Bundesrepublik entwickelte. Ganz in der staatsnahen Tradition der SED stehend, wollten führende Politikerinnen und Politiker der PDS wie Gregor Gysi, André Brie oder Petra Pau auch im „bürgerlichen Parlamentarismus“ mitmischen: „Wer sich nicht als Teil dieser Gesellschaft versteht, wird ihr keine Impulse zur Veränderung und Entwicklung geben können“, wie

es der PDS-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern Helmut Holter ausdrückte.⁵⁸ „Akzeptanz und Entdämonisierung“⁵⁹ wurden zu Schlüsselbegriffen in der politischen Strategie der PDS.

In der Folge vollzogen auch die Sozialisten einen ähnlichen, wenn auch keineswegs genauso umfangreichen Annäherungsprozess an die hegemoniale politische Kultur der Bundesrepublik, wie ihn die Grünen zuvor erlebt hatten. Ähnlich wie bei diesen veränderte sich auch der Blick der PDS-Sozialisten auf das „System“ Bundesrepublik: Die parlamentarische Demokratie erschien manchem früheren Kommunisten immer deutlicher als „Gewinn“⁶⁰; und vor allem wo man selbst regierte, verlor man schnell seine systemtranszendierenden Ambitionen und war im Gegenteil bemüht zu zeigen, dass die PDS „strikt auf dem Boden des Grundgesetzes steht und eine realistische Politik betreiben kann“, wie die PDS-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999 formulierte.⁶¹ Dass die aus der Partei hervorgegangene *Linke* in Ländern wie Brandenburg und Berlin seit Jahren mitregiert und in Thüringen sogar den Ministerpräsidenten stellt, ohne das „System“ maßgeblich verändert zu haben, steht deutlich in dieser Tradition.

Selbst in der für Sozialisten so kritischen Frage der Wirtschaftsordnung setzte bald ein Wandel ein. Nachdem sie mit dem Scheitern des Realsozialismus ihres ökonomischen Modells verlustig gegangen waren, orientierten sich große Teile der Partei zunehmend an sozialdemokratischen Konzepten. Obwohl sie sich noch immer als „sozialistisch“ definierten, begannen die „Reformer“ an der Parteispitze, die „Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft“⁶² zu preisen. Sie erklärten sich selbst zu Verteidigern des „rheinischen Kapitalismus“ Westeuropas gegen die vermeintlich unsozialere angelsächsische Variante,

⁵³ AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000122: Überlegungen zu den Gesprächen zwischen SPD und PDS [1995].

⁵⁴ AdsD, Dep. Thierse, 1/WTAA001646: Klaus-Jürgen Scherer, Überlegungen zur Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der PDS. Beitrag für die Konferenz „Die PDS und ihre Bedeutung in der Parteienlandschaft des vereinigten Deutschland“ 17. und 18. März 1995 in der Akademie für Politische Bildung Tutzing 18. März 1995, S. 9.

⁵⁵ Die PDS als möglicher Koalitionspartner der SPD? Interview mit Franz Müntefering. In: Deutschlandfunk vom 11. Oktober 2000, URL <http://www.deutschlandfunk.de/die-pds-als-moeglicher-koalitionspartner-der-spd.694.de.html?dram:article_id=59831>.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Klaus-Jürgen Scherer, Die SPD und die PDS. In: Peter Barker (Hg.), *The Party of Democratic Socialism in Germany. Modern Post-Communism or Nostalgic Populism?* Amsterdam/Atlanta 1998, S. 182-193, dort S. 184.

⁵⁸ ADS, PDS-LV MV, Alt-Sign. 2008-XVII-560: Helmut Holter, ... aber Lichtjahre liegen vor uns. 10 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern. Rede zur Podiumsveranstaltung „PDS – Schwieriges und offenes Projekt“. Rostock, 17. Juni 2000, S. 3.

⁵⁹ Diether Dehm, Das Magdeburger Modell schafft Akzeptanz und Entdämonisierung. Rede auf der Hauptversammlung der PDS Magdeburg am 17. Juli 1999. In: PDS-Pressedienst vom 13. August 1999.

⁶⁰ ADS, PDS-LV MV, Alt-Sign. 2008-XVII-51: Helmut Holter, „Zu den Ergebnissen der Wahlen '94 und zur weiteren Politik der PDS.“ Referat auf der außerordentlichen (4.) Tagung des 3. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 3. Oktober 1994, S. 30.

⁶¹ ADS, Gysi-008: PDS-Fraktion, „Ein Jahr rot/rot“. Bilanz und Schlussfolgerungen. 18. Oktober 1999, S. 1.

⁶² Gregor Gysi, Gerechtigkeit ist modern. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair / Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus. Berlin 1999, S. 4.

wie ein PDS-Parteitagbeschluss im Jahr 2000 formulierte.⁶³ Auf dieser Grundlage konnte sich die Partei schließlich 2005 mit enttäuschten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern aus dem Westen verbünden und sich als „Linkspartei“ neu positionieren. Langfristig ging dieser Wandel so weit, dass selbst führende Vertreterinnen und Vertreter des linken Parteiflügels wie Sahra Wagenknecht, in den 1990er Jahren noch Aushängeschild des orthodox-kommunistischen Flügels, nun öffentlich als Marktwirtschaftler gesehen werden wollten und in bürgerlichen Feuilletons mit dem Erbe des Ordoliberalismus kokettierten: Ludwig Erhard wäre heute bei der Linkspartei „am besten aufgehoben“, so Wagenknecht im Dezember 2012.⁶⁴

Eine wesentliche Folge dieser Entwicklung ist, dass die Diskussionen um *Die Linke* stark abgeklungen sind. Dass die Linkspartei heute kaum mehr und die Grünen überhaupt nicht mehr als grundsätzliche Gefahr für unsere Demokratie beschrieben werden, ist sichtbarer Ausdruck dieser doppelten Verschiebung: einer Wahrnehmungsverschiebung, die aber zugleich auch mit einer Profilveränderung zusammenhängt: Die Linkspartei und noch mehr die Grünen haben ihren Widerstand gegen die hegemoniale politische Deutungskultur der Bundesrepublik nach und nach aufgegeben und wurden zugleich stärker in politische Verantwortung eingebunden, wobei sich beide Prozesse gegenseitig antrieben und verstärkten.

Andererseits hat die Linkspartei bisher weder programmatisch noch in der öffentlichen Wahrnehmung einen ähnlich umfänglichen Wandel durchlebt wie die Grünen. Zum einen wirft die SED-Vergangenheit noch immer einen Schatten, der nur sehr allmählich verblasst. Zum anderen aber hat sich die Linkspartei – in bewusster Abgrenzung von den Grünen – bis heute nicht auf den transatlantischen Konsens ihrer Konkurrenten eingelassen. Vorsichtige Versuche der Parteiführung wie beispielsweise auf dem PDS-Parteitag in Münster im Jahr 2000, die Partei durch eine flexiblere Positionierung für eine „realistische und mehrheitsfähige“ Außenpolitik zu öffnen, schlugen fehl und wurden durch die Parteimehrheit zurückgewiesen.⁶⁵ Die außenpolitische „Unzuverlässigkeit“ der Sozialisten bleibt daher ein zentraler Faktor, der einer bundespolitischen Aufwertung zur Regierungs-

partei entgegensteht.⁶⁶ Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass auch die Linkspartei nach eventuellem Eintritt in eine Bundesregierung eine ähnlich unwahrscheinliche Hinwendung zum Atlantizismus erleben könnte wie die Grünen in ihrer rot-grünen Regierungszeit. Dann wäre vom Anti-System-Protest der Linken auch in dieser Hinsicht nicht mehr viel zu spüren.

Fazit

Aus den dargelegten Ausführungen lassen sich drei Beobachtungen ableiten. *Erstens* hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Parteien gegeben, die anfänglich als Gefahr für das politische System und seine Normen angesehen wurden, sich von diesem Image aber zunehmend lösen konnten. Es wurde argumentiert, dass diese Wahrnehmung wesentlich mit der Distanz bzw. Nähe dieser Parteien zum etablierten politisch-kulturellen Basiskonsens der Bundesrepublik zusammenhängt. Aus dieser Sicht ist „Extremismus“ im politischen Diskurs weniger eine absolute denn eine relationale Kategorie und sie bezieht sich nicht nur auf das konstitutionelle System, sondern auf die gesamte politische Deutungskultur, die auch solche Faktoren der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik umfasst, die nicht unbedingt als Kernbestand des „demokratischen Verfassungsstaates“ angesehen werden können.

Zweitens wurde am Beispiel der Grünen und der PDS/Linkspartei dargestellt, dass das Verhalten der Konkurrenz einen entscheidenden Einfluss auf die politischen Wandlungen systemkritischer Parteien ausüben kann. So trug in beiden Fällen eine Mischung aus exkludierenden, adaptierenden und inkludierenden Strategien dazu bei, sowohl Grüne als auch – in geringerem Maße – PDS/Linkspartei an den politischen Basiskonsens der Bundesrepublik heranzuführen und zu entradikalisieren – wobei in beiden Fällen der Aussicht auf symbolische Anerkennung und auf praktische Machtbeteiligung eine wichtige Anreizfunktion zukam.⁶⁷

Allerdings muss *drittens* auch konstatiert werden, dass der Erfolg einer Inklusionsstrategie notwendigerweise die Bereitschaft innerhalb der strategischen

⁶³ Politische Erklärung des Münsteraner Parteitages der PDS. In: Disput 4/2000, S. 19–20, dort S. 19.

⁶⁴ „Wir brauchen Märkte“. Interview mit Sahra Wagenknecht. In: Der Spiegel 1/2013 vom 31. Dezember 2012, S. 30–32, dort S. 32; siehe dazu ausführlich: Sahra Wagenknecht, Freiheit statt Kapitalismus. Frankfurt/Main 2011.

⁶⁵ 6. Parteitag in Münster vor mehreren schwerwiegenden Entscheidungen. In: PDS-Pressedienst vom 7. April 2000.

⁶⁶ Vgl. Cordula Eubel, Matthias Meisner & Stephan Haselsberger, Rot-Rot-Grün zweifelt an Rot-Rot-Grün. In: tagesspiegel.de vom 12. Juni 2017, URL <<http://www.tagesspiegel.de/politik/bundestagswahlkampf-rot-rot-gruen-zweifelt-an-rot-rot-gruen/19920178.html>>.

⁶⁷ Zu dem Ergebnis, dass gemischte Strategien im Umgang mit Extremisten erfolgreich sein können, kommt auch Capoccia, Defending Democracy.

Führungsgruppe der zu integrierenden Partei voraussetzt, sich auf die maßgeblichen politisch-kulturellen Codes und Spielregeln einzulassen, um als legitime und bündnisfähige politische Kraft anerkannt zu werden. Das war sowohl unter grünen „Realos“ (und Regierungslinken) als auch unter den sogenannten „Reformern“ der PDS der Fall. Diese waren in unterschiedlichem Maße bereit, bestimmte politische Positionen aufzugeben, die als mit dem politisch-kulturellen Basiskonsens der Bundesrepublik unvereinbar angesehen werden, um auf diese Weise Anerkennung und Koalitionsfähigkeit zu gewinnen – auch wenn das zugleich einen gewissen Profilverlust als Protestpartei bedeutete.

Die Zähmung des „Extremen“ erscheint daher ebenso möglich wie riskant. Dafür spricht nicht nur der Weg der Grünen in die politische Mitte, sondern auch das Beispiel der Linkspartei, die aktuell sichtlich damit kämpft, ihre Ausstrahlung auf Protestwähler zu behaupten – gerade auch angesichts neuer Konkurrenz durch die *Alternative für Deutschland*. Diese gibt heute mehr als jede andere Partei in Deutschland Grund zur Diskussion um den richtigen Umgang mit Populisten und Extremisten. Lassen sich aus den dargelegten Ausführungen zur Entwicklung von Grünen und PDS also auch Rückschlüsse für den Umgang mit der AfD ableiten?

Auch wenn es nicht die Sache des Historikers ist, politische Ratschläge zu geben oder gar Prognosen zu erstellen, so kann doch gesagt werden, dass jeder Versuch des Vergleichs sowohl die strukturellen Gemeinsamkeiten als auch die erheblichen politischen Unterschiede zwischen den fraglichen Parteien berücksichtigen muss.

Dass bei der Diskussion um die AfD nicht nur verfassungspolitische, sondern gerade auch gesellschaftspolitische Gegensätze (etwa der Asyl- und Einwanderungspolitik oder der Erinnerungs- und Identitätspolitik) eine Rolle spielen, liegt ebenso auf der Hand wie die Tatsache, dass die neue Rechte gerade deswegen reüssiert, weil sie sich als Alternative zum politischen Basiskonsens der Bundesrepublik zu inszenieren versteht. Das heißt aber noch lange nicht, dass eine Partei wie die AfD pauschal als ungefährlich eingeschätzt werden sollte, zumal eben ganz grundsätzliche Fragen der demokratischen Gleichheit und Liberalität zur Disposition stehen. Dem hiesigen Befund der Integrierbarkeit früherer Systemgegner stehen nach wie vor die zahlreichen Fälle der Zwischenkriegszeit entgegen, in der es eben nicht ge-

lang, antidemokratische Systemfeinde einzuhegen.⁶⁸ Und ganz abgesehen davon, ob eine Inklusion der Rechten normativ wünschenswert ist, gibt es aktuell auch wenig Indizien dafür, dass eine solche Strategie im Fall der AfD eine gangbare Alternative darstellt: Zum einen gibt die Partei wenig Anlass zu glauben, dass sie sich domestizieren ließe. Vielmehr scheint die Partei ihr Glück weiter in der radikalen und maximalen Abgrenzung vom politischen Basiskonsens ihrer Konkurrenten zu suchen. Und zum anderen scheinen die Etablierten momentan eher auf Adaption zu setzen: Man grenzt sich zwar von der AfD als Partei ab, nähert sich in Teilen aber deren Positionen an – mit der Gefahr, dass sich die politische Kultur der Bundesrepublik eher den Rechten anpasst als umgekehrt.

⁶⁸ Für verschiedene Beispiele siehe Capoccia, *Defending Democracy*.